Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9989**

17. Wahlperiode 13. 06. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/8923 –

Presse-Grosso gesetzlich verankern

A. Problem

Sicherstellung des neutralen Presse-Grossos durch eine gesetzliche Verankerung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/8923 abzulehnen.

Berlin, den 13. Juni 2012

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ernst Hinsken	**Dr. Georg Nüßlein**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/8923** wurde in der 168. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. März 2012 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz den Ausschuss für Arbeit und Soziales, und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellenden Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Bundesländern eine gesetzliche Verankerung des neutralen Presse-Grossos sicherzustellen, um die Medienvielfalt zu gewährleisten und sicherzustellen, dass Presseerzeugnisse überall erhältlich sind.

Der Erhalt des Pressevertriebssystems sei durch zwei gegen das Presse-Grosso ergangene gerichtliche Entscheidungen auf lange Sicht gefährdet. Die Gemeinsame Erklärung der Verlegerverbände und des Bundesverbands Deutscher Buch-, Zeitungs- und Zeitschriften-Grossisten e. V. aus dem Jahr 2004 stelle nun keine tragfähige Basis für den Systemerhalt mehr dar.

Im Rahmen der anstehenden Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) solle eine Regelung eingefügt werden, die den Grossisten das zentrale Aushandeln von Handelsspannen durch ihren Berufsverband ermögliche. Die Bundesregierung solle gemeinsam mit den Bundesländern prüfen, ob und inwieweit eine Schlichtungsstelle für Streitfragen zwischen den Verlagen und den Grossisten etabliert werden sollte.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/8923 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/8923 in seiner 87. Sitzung am 13. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/8923 in seiner 87. Sitzung am 25. April 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat kein Votum abgegeben.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/8923 in seiner 106. Sitzung am 13. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 17/8923 in seiner 66. Sitzung am 13. Juni 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 17/8923 in seiner 72. Sitzung am 13. Juni 2012 beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/8923 zu empfehlen.

Berlin, den 13. Juni 2012

Dr. Georg Nüßlein
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333